

Erklärung des Parlamentarischen Netzwerkes für Konfliktprävention und menschliche Sicherheit des East West Institutes zum G20 Gipfel in London, 2. April 2009

Wir, die Mitglieder des internationalen parlamentarischen Netzwerkes für Konfliktprävention und menschliche Sicherheit,

stellen fest, dass die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bereits jetzt zu sozialen Unruhen und zunehmender Instabilität in einigen Ländern der Welt führt.

Mit Besorgnis betrachten wir die negativen Auswirkungen von gewaltsamen Konflikten auf die menschliche, soziale und ökonomische Entwicklung.

Wir verweisen darauf, dass die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten zentral ist für die Umsetzung der Millennium Declaration und der Erreichung der Millennium Development Goals. Gleichzeitig gilt, dass Konfliktprävention immer auch Kostenprävention ist.

Vor diesem Hintergrund geben wir unser großes Bedenken zum Ausdruck über die riesige Diskrepanz in den Ausgaben für Aktionen, die das Leben der Menschen verbessern und die Gefahr von gewaltsamen Konflikten verhindern, verglichen mit den Ausgaben der internationalen Gemeinschaft für Rüstung.

Wir rufen die G20 Mitglieder dazu auf:

- anzuerkennen, dass Konfliktprävention nicht nur Menschenleben rettet sondern auch Kosten spart
- Konfliktpräventionsbemühungen ausreichend zu finanzieren und die nationalen und internationalen Institutionen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung zu stärken.
- Die Vorreiterschaft bei der Unterstützung des Aufrufs des UN-Generalsekretärs von 2006 zu übernehmen, 2 Prozent des jährlichen UN Peacekeeping Budgets an konfliktpräventive Maßnahmen der UN zu vergeben.

- Regelmäßig ihre nationalen Mittel zur Konfliktprävention zu veröffentlichen und eine bessere Koordinierung der Ressourcen zwischen den verschiedenen Bemühungen der internationalen und zivilgesellschaftlichen Gemeinschaft zu fördern, um gewaltsame Konflikte zu vermeiden.
- einen „Globalen Gipfel zu Konflikt und Sicherheit“ zu unterstützen, der das traditionelle Sicherheitsestablishment mit den relevanten Akteuren aus der Zivilgesellschaft zusammenbringt, einschließlich Parlamentariern, Vertretern der Wirtschaft und Medien des Nordens und Südens, um ein neues Denken über die Integration präventiver diplomatischer Ansätze in Sicherheits- und Entwicklungspolitik anzuregen.

www.parliamentariansforconflictprevention.net parliamentarians@ewi.info +32.2743.4625

Unterzeichnet von den Vorstandsmitgliedern, stellvertretend für alle Mitglieder des parlamentarischen Netzwerks für Konfliktprävention und menschliche Sicherheit:

Herr Abdullah Abdullah
Mitglied des palästinensischen Legislativrates
(Palästinensische Befreiungsorganisation)

Frau Angelika Beer
Mitglied des Europaparlamentes, Deutschland
(Fraktion Grüne/EFA)

Frau Janelle Saffin
Mitglied des australischen Parlamentes
(Australische Labor Party)

Frau Minou Tavárez Mirabal
Mitglied des Parlamentes der Dominikanischen Republik
(Camara de Diputados, Partido de la Liberación Dominicana)

Herr Kabwe K. Zitto
Mitglied des tansanischen Parlamentes,
(Chama cha Demokrasia na Maendeleo)

Die Mitglieder des parlamentarischen Netzwerkes kommen aus den folgenden Ländern:

Argentinien Australien Belgien Deutschland Dominikanische Republik El Salvador Estland
Frankreich Irland Italien Kanada Kenia Lettland Niederlande Nordirland Norwegen Pakistan
Palästinensische Gebiete Polen Portugal Rumänien Russland Somalia Spanien Schweden
Schweiz Tansania Ukraine Vereinigtes Königreich